

## Wir bleiben dabei: Gegen Krieg, Unrecht und Ausgrenzung

Hans Bauer, Vorsitzender der GRH

Die 13. Mitgliederversammlung der GRH Ende März 2019 hat erneut deutlich gemacht, wie eng GRH und ISOR miteinander verbunden sind. Das nicht nur, weil viele Mitglieder beider Organisationen angehören, sondern weil wichtige Themen inhaltlich übereinstimmen. Zugleich haben aber beide ihren eigenen Gegenstand. Während bei ISOR stets sozial-juristische Fragen des Rentenstrafrechts im Vordergrund standen, waren es bei der GRH mit der Kriminalisierung der DDR-Vergangenheit von Anfang an politisch-juristische. Mit dem Abschluss juristischer Einzelverfahren und den abweisenden Entscheidungen höchster Gerichte erlangt heute die politische Auseinandersetzung wesentlich größeres Gewicht, ohne unser Grundanliegen zu verändern. Dabei darf nach wie vor der Bezug auf die eigenen Ansprüche der Herrschenden, besonders im Grundgesetz formuliert, nicht fehlen. Das spiegelte sich auch in der Mitgliederversammlung der GRH sehr deutlich wider.

Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit - das waren und sind die drei Schwerpunkte in der Tätigkeit unserer Organisation, der GRH. Selbstverständlich steht im Vordergrund unsere Verantwortung im Kampf um den Frieden. In Kriegszeiten, wie wir sie weltweit erleben, insbesondere aber deutscher Beteiligung mit Auslandseinsätzen, Waffenexporten und weiterer Aufrüstung ist und bleibt es für eine unabhängige, aber linke Organisation unabdingbar, sich im Bündnis mit anderen für den Frieden

zu engagieren. Zwei Aspekte liegen uns dabei besonders am Herzen: Die Solidarität, Verbundenheit und Freundschaft mit Russland sowie die Achtung und Einhaltung des Völkerrechts, dessen permanenter Bruch nach 1990, insbesondere durch NATO und Westmächte, die Welt in immer neue Kriege stürzt und heute die Gefahr eines Weltbrandes in sich birgt.

Wahrheit bleibt für die GRH ein Kernthema und -anliegen. „Unrechtsstaat“, „Willkürherrschaft“, „SED-Diktatur“ u. ä. Verunglimpfungen der DDR sind politische Kampfbegriffe. Ihnen fehlt jeglicher Wahrheitsgehalt. Sie waren Grundlage der Kriminalisierung und des sozialen Abstrafens, wie der Rentenungerechtigkeit, Hunderttausender DDR-Bürger und ihrer Freunde in der Alt-BRD. Noch heute ist dieses Unrecht präsent. Noch heute werden Menschen wegen ihrer Treue zur DDR bestraft. Endlose Überprüfungen von Bürgern durch Willkürgesetze verhindern ihre gleichberechtigte Teilnahme am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Verantwortungsträger der DDR werden unverändert ausgegrenzt. In unzähligen sogenannten Gedenkstätten und -orten wird Geschichte gefälscht. Ziel ist, durch Manipulation der Bevölkerung jeglichen Gedanken an eine Alternative zum Kapitalismus zu ersticken. Diese reaktionäre und inhumane Politik zu entlarven, über die Wahrheit aufzuklären, aber auch zu ermutigen, Widerstand zu organisieren und zu leisten, ist Anliegen der GRH. Das Ringen um Wahrheit ist untrennbar verbunden mit der

Einforderung von Gerechtigkeit. Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung - auch in sozialer Hinsicht - werden in Deutschland massiv verletzt, obwohl das Grundgesetz hierzu eindeutige Aussagen trifft.

Ostdeutschland wird im eigenen Land materiell, sozial, politisch und kulturell wie eine Kolonie behandelt.

Die Herrschenden der BRD mit ihren eigenen Ansprüchen zu konfrontieren und unsere Rechte einzufordern, für inneren und äußeren Frieden zu streiten, für gesellschaftlichen Fortschritt, dafür steht auch künftig die GRH. Sachkundig und offensiv. Gemeinsam mit unseren Partnern.

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand ehrte mit einer Schweigeminute seine verstorbenen langjährigen Mitglieder Harry Thomas und Horst Hartrampf.

\*

An der Vorstandssitzung nahmen Vertreter der TIG Kleinmachnow teil, die Vorschläge zur Verstärkung der öffentlichen Wirkung von ISOR unterbreiteten. Der Vorstand beschloss die Bildung einer Arbeitsgruppe, um diese Vorschläge zu konkretisieren und zum Tragen zu bringen.

\*

Der Vorstand nahm die am gleichen Tag eingegangene abschlägige Antwort des Petitionsausschusses zu den Schreiben an Politiker vom Mai 2018 zur Kenntnis. Dazu wird er eine Stellungnahme erarbeiten und veröffentlichen. Die Schreiben an Politiker und die Reaktionen darauf werden in einer Broschüre zusammengefasst und den TIG und der Öffentlichkeit übermittelt.

\*

Es erfolgte die Auswertung der Regionalkonferenz in Thüringen durch die Teilnehmer aus dem Vorstand sowie eine Information zum Inhalt der Bundestagsdebatte zu Rentenfragen am 10.05.2019.

\*

Der Geschäftsführer erstattete den periodischen Bericht zur Mitgliederbewegung. Danach hatte ISOR mit Stand vom 31.03.2019 einen Bestand von 9.199 Mitgliedern. 234 Mitglieder sind verstorben und 418 ausgetreten, darunter viele aus Alters- und Gesundheitsgründen.

## Pressemitteilung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Die DKP richtet sich mit einem offenen Brief an die Soldaten der Bundeswehr. In den nächsten Wochen werden die verschiedenen Gliederungen der DKP diesen vor Kasernen und Standorten der Bundeswehr verteilen.

Unterzeichnet haben den Brief drei Kandidaten der DKP zur EU-Wahl:

**Olaf Harms**, der als Wehrpflichtiger den Friedenskampf in die Bundeswehr getragen hat. Er gehörte zu den Soldaten, die in den 80er Jahren in Uniform an Ostermärschen und Maikundgebungen teilgenommen haben, um für Abrüstung zu Frieden zu werben.

**Arnold Schölzel** ging 1967 wegen seinen Erfahrungen in der Bundeswehr in die DDR. Alte Wehrmachtsoffiziere versuchten junge Wehrpflichtige gegen die Sowjetunion aufzuhetzen.

**Patrik Köbele** zog Anfang der 80er Jahre seine Verweigerung zurück, weil er den Friedenskampf zur Bundeswehr tragen wollte. Daraufhin wurde er als „untauglich“ ausgemustert.

## Der Offene Brief an die Soldaten

Liebe Soldatinnen, liebe Soldaten,

wir wenden uns in großer Sorge um den Frieden an Sie.

Seit 1990 wird die NATO immer mehr nach Osten ausgedehnt, heute stehen NATO-Truppen an der russischen Grenze.

Die USA haben den INF-Vertrag gekündigt, mit dem die USA und Russland vereinbart hatten, keine landgestützten Mittelstreckenraketen zu besitzen. Wird diese Kündigung umgesetzt, dann könnte Russland von europäischem Boden und die VR China vom Pazifik aus mit solchen Raketen eingekreist werden. Die Vorwarnzeit wäre enorm kurz, Russland und China wären gezwungen, in kürzester Zeit zu entscheiden, ob sie bei einem vermeintlichen Angriff ihre Mittelstreckenraketen einsetzen –

die russischen würden nach Europa zielen. Leider setzt dies eine Entwicklung fort, die wir seit 1990 beobachten, in der die Welt keineswegs friedlicher, sondern kriegerischer geworden ist. Vieles begann dabei mit dem Jugoslawienkrieg und der Beteiligung der Bundeswehr. Heute wissen wir, dass viele Begründungen für den damaligen Einsatz auf Lügen beruhten. Im Nahen Osten, in Afghanistan, aber auch in der Ukraine toben Kriege, bewaffnete Auseinandersetzungen – weltweit wurden 2017 1,74 Billionen Dollar für Rüstung ausgegeben. Auch die Bundesregierung schraubt die Rüstung in die Höhe, erlaubt gewaltige Rüstungsexporte. Waffen, die möglicherweise morgen auf Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gerichtet werden. Das ist ein Teil der Gründe unserer Sorgen. Vielleicht haben Sie ähnliche Sorgen, vielleicht denken Sie aber auch, dass es schon nicht so

schlimm kommen wird. Unabhängig davon wenden wir uns an Sie, weil wir denken, dass einer Ihrer Gründe, zur Bundeswehr zu gehen, war, dass Sie die Bundesrepublik Deutschland verteidigen wollen.

Wir denken: Verteidigen heißt heute, die Gefahr eines Atomkriegs nicht zuzulassen.

Wir denken: Verteidigen heißt heute, der Gefahr eines Hochschaukelns der Feindschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland bzw. der VR China entgegenzutreten.

Wir denken: Verteidigen heißt heute Rüstungsexporte zu stoppen und abzurüsten.

Man nennt Sie „Bürger in Uniform“ und meint damit, dass auch Soldatinnen und Soldaten ihre Meinung haben und vertreten sollen. Wir bitten Sie, sich im genannten Sinne einzusetzen.

Essen, 4. April 2019



### Beratung des Vorstandes der TIG Leipzig mit Funktionären am 24. April

Ein Schwerpunkt im Vereinsleben der TIG Leipzig bildete die im Jahresplan des Vorstandes fixierte Beratung mit den Funktionären und Betreuern der TIG, insbesondere zur weiteren Vorbereitung der Mitglieder auf die Anforderungen der 2019 anstehenden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen.

Als kompetenten Gesprächspartner konnten wir dazu den Bundestagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der Linken im Leipziger Stadtrat, Sören Pellmann, gewinnen.

Gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied der ISOR e.V. und Landesbeauftragten Sachsen, Horst Eismann, Vertretern der GRH und Funktionären und Mitgliedern der TIG Leipzig hatten wir die Möglichkeit, das Wirken eines linken Politikers in seiner Komplexität und Differenziertheit, bis hin zu Angriffen auf die Person, kennenzulernen.

Über zwei Stunden folgten wir den umfangreichen und fundierten Ausführungen von Sören Pellmann mit großem Interesse. Fragen der Teilnehmer trugen dazu bei, die Diskussion lebendig zu gestalten und das Gehörte zu ergänzen und zu vertiefen.

An ausgewählten Beispielen erläuterte Sören Pellmann die Positionen der Partei Die Linke zur Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, zeigte Zusammenhänge und Abhängigkeiten auf, verwies auf Ungereimtheiten und

Schwierigkeiten beim Durchsetzen linker Forderungen und Vorschläge. So zum Beispiel beim Verhältnis Rüstungs- und Bildungsausgaben, Verteilung des Reichtums und Armutgefährdung, Mindestlohn und Rentenpolitik. Gleichzeitig machte er auf Gefahren durch mögliche Stärkung konservativer und rechter Kräfte bei den Wahlen aufmerksam.

Ohne Einschränkungen antwortete er auf die Fülle der Fragen. Inhaltlich breit gefächert interessierte die Anwesenden der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages ebenso wie die Wirksamkeit linker Veröffentlichungen, Mietpolitik und kommunale Ereignisse, der Umgang mit DDR-Geschichte und die Fraktionsarbeit nach Sahra Wagenknecht.

Horst Eismann dankte für die Unterstützung durch die Linke in Sachsen, nicht zuletzt durch Anträge im Landtag zur Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung und betonte, dass der Kampf um Beendigung der Rentenstrafe auf politischer Ebene weitergeführt wird.

Gewappnet für die Argumentation mit den Mitgliedern in den Untergruppen, der Familie, mit Freunden und Bekannten nahmen die Teilnehmer der Beratung die Gewissheit mit, dass die Linke weiterhin für soziale Gerechtigkeit und Eindämmung von Rüstung und Kriegsgefahr eintritt und versicherten, bei den Wahlen für eine starke Linke und Verhinderung eines Rechtsrucks zu stimmen.

\*

21. März, 14.00 Uhr, Stadthalle am Steintor in Bernau bei Berlin. Die Versammelten des Territoriales Bündnisses, darunter die Mitglieder der TIG Bernau und Umgebung, stimmten dem Dokument „Nicht in unserem Namen“ zu. Bruno Mahlow, 1937 in Russland geboren, berichtete zuvor aus seinem Leben und von seiner tiefen Verbundenheit mit den Völkern der Sowjetunion und den Erkenntnissen seines Lebens. Hartmut König sang. So manche sangen berührt mit. Uns gemeinsam die Forderung nach Frieden, nicht ein Leben in einer Art von Krieg, wo jedes Fehlverhalten an den Konfrontationslinien in einen heißen Krieg umschlagen kann. Darum unser Bekenntnis und weil wir so sind, wie wir sind und uns auch nicht ändern werden. Sozusagen ein historisch begründeter Auftrag.

Klaus-Dieter Jäschke Bernau bei Berlin

\*

Am 21.03. führte die TIG 2 Berlin Lichtenberg eine Mitgliederversammlung durch, an der wir als Gäste den Vorsitzenden von ISOR Horst Parton sowie den Landesbeauftragten Hans-Peter Speck und den Vorsitzenden des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit Lichtenberg Karl-Heinz Fietz begrüßten.

Thema waren die aktuellen Aufgaben zur Verwirklichung der Führungskonzeption der ISOR e. V. unter Berücksichtigung der derzeitigen Lagebedingungen in der BRD.

Viele Mitglieder waren unserer Einladung gefolgt. Die Versammlung fand in einer freimütigen Atmosphäre statt. Die Teilnehmer konnten an kompetenter Stelle Auskunft über die sie bewegenden Fragen und Probleme erhalten.

Der Vorsitzende als Referent nahm sachkundig und überzeugend zu unseren weiteren Aufgaben Stellung.

In einer Gedenkminute wurde der verstorbenen Mitglieder unserer TIG gedacht.

Den Betreuern wurde Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass ein gutes Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder in der TIG besteht.

Einmütig verurteilt wurde die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde gegen das Rentenüberleitungsschlussgesetz durch das Bundesverfassungsgericht. Hier wird im Auftrag der Politik gehandelt. Das ist die einhellige Meinung der Mitglieder und Sympathisanten.

Mitglieder antworten darauf, dass jetzt erst recht unsere Stimme erhoben werden muss, den politischen Kampf nicht nur auf das MfS, sondern gegen die gesamte Ungerechtigkeit im Lande zu führen. Eines Rechtsstaates unwürdig ist es auch, wenn Anfragen bzw. Auskunftsersuchen vom Vorstand der ISOR an Bundestagsabgeordnete und Regierungsvertreter, selbst an das Bundeskanzleramt unbeantwortet bleiben.

Unterstützung fanden auch die Aussagen im Referat über bedeutende Erfolge von ISOR, wo das Rentenstrafrecht bei Angehörigen ehemaliger Sicherheitsorgane beseitigt werden konnte. In mehreren Fällen konnte durch

Zulagen bzw. Zuschlägen Fortschritte in der Rentenberechnung erreicht werden.

Dennoch bestehen langjährige Rentenungerechtigkeiten bei den ehemaligen Angehörigen des MfS. Im Interesse eines inneren friedlichen Zusammenlebens sollten diese Maßnahmen der Diskriminierung und Ausgrenzung beendet werden.

Im Referat fand die Bemerkung deshalb Zustimmung: „Wir haben nicht gewonnen aber auch nicht verloren.“

Protestierend bringen unsere Mitglieder immer stärker zum Ausdruck, dass wir den Widerstand verstärken müssen, wenn ehemalige DDR-Bürger und ihre Funktionäre verachtet, beleidigt und ausgegrenzt werden. Warum lassen wir zu, dass die DDR als Unrechtsstaat verunglimpft wird und die Wahrheit über die DDR negiert bzw. nicht zugelassen wird.

Zur Verwirklichung unserer Ziele wird deshalb gelebte Solidarität Hauptinhalt unserer weiteren Arbeit sein. Das trifft vor allem auf unsere Mitstreiter im OKV, Friedensinitiativen der Linkspartei und viele andere demokratische Organisationen bzw. Vertreter zu. Mit breiter Zustimmung bekennen wir uns zu den Grundideen der Sammelbewegung „Aufstehen“.

Politische Initiativen zeigen bereits gute Ergebnisse. Bedingt durch das hohe Alter und gesundheitlicher Probleme bei unseren Mitgliedern können wir nur im engen Bündnis und solidarischer Verbundenheit unsere Ziele erreichen.

Einigkeit besteht darüber, dass wir mit unseren Bestrebungen eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit erreichen müssen. Ziel muss es sein, dass eine Streichung der §§ 6 (2) und § 7 AAÜG erfolgt. Nur auf diesem Wege kann ein sozialer Frieden gewährlei-

stet und die Diskriminierung ostdeutscher Bürger beseitigt werden.

Die Bürger und unsere Mitglieder erwarten von der Kanzlerin endlich, ihre jahrelangen Versprechungen zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West zu verwirklichen.

Bedürfnis besteht bei den Mitgliedern an einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Wir denken dabei an die Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die uns zur Herzenssache in der DDR wurde. Leider findet diese in der gegenwärtigen Politik der BRD nicht genügend Beachtung und wird in der deutschen Geschichtsschreibung ausgeblendet. Man fragt sich, wo unsere Verantwortung bleibt bei der Zerschlagung der Hitlerdiktatur im Zweiten Weltkrieg, bei dem rund 27 Millionen Sowjetbürger den Tod fanden.

Es ist verwerflich, wenn die BRD gegenwärtig als NATO-Mitglied zu den Vorreitern des Antikommunismus gehört und an Kriegsplanungen gegen Russland beteiligt ist. Die Kriegsgefahr wurde u. a. durch die Stationierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen enorm erhöht.

Die derzeitigen Lagebedingungen erfordern eine verstärkte politische Arbeit mit unseren Bündnispartnern gegen rentenrechtliche Ungerechtigkeiten.

Den bevorstehenden 70. Jahrestag der Gründung der beiden deutschen Staaten wollen wir nutzen, um die Wahrheit über die DDR zu popularisieren und unseren gerechten Forderungen für Rentengerechtigkeit noch mehr Nachdruck zu verleihen. Der beweiskräftigen Überzeugungsarbeit gegenüber der jungen Generation soll eine größere Bedeutung beigemessen werden.

**Ingo Brehmer Vorsitzender der TIG**

## Zwischenruf

Im Lichterglanz der Verkündung des grundgesetzlichen „Provisoriums für die Ewigkeit“ (RBB) stand eine Entscheidung des Bundeskabinetts im Schatten, auf dass sie nicht die Demokratie verdunkle: Die Waschmaschine, die das „SED-Unrecht“ durchleiert, rumpelt noch. Deshalb, so lautet der Beschluss, dass sich dort nichts ändern muss – im Gegenteil: Die Überprüfung der Mitarbeiter auf eine „frühere Tätigkeit für die DDR-Staatsicherheit“ im öffentli-

chen Dienst wird bis zum Jahr 2030 verlängert. So ist dann auch 40 Jahre nach der Implosion der DDR gewährleistet, dass der Stasi-Willkür eine stabile Mauer entgegengesetzt wird. Das rief Enttäuschung unserer Leserschaft hervor, von der zahlreiche Pläne bekannt wurden, zur Aufbesserung ihrer üppigen Rente mit einer leichten Tätigkeit den Rechts-Aufarbeitungsorganen ins Auge zu fassen.

**w.k.**

## Aus der Postmappe

### Gegen den Krieg

8. Mai – einst offiziell „Tag der Befreiung“ genannt, Befreiung vom Krieg und jenen, die ihn angezettelt hatten. Befreiung für jene, die unter mörderischen Verlusten direkt am Mordfeldzug beteiligt waren und jene, die in ständiger Angst um ihre Angehörigen, vor dem Tod, dem Bombenhagel, unter Hunger und Entbehrung ausharrten. Befreiung für jüdische Menschen in den Mordlagern und jene, die es gewagt hatten, Widerstand zu leisten. Befreiung auch für jene, die ausziehen mussten, fern von ihrer verbrannten und geplünderten Heimat, die Kriegsbrandstifter zu vernichten. Befreiung für sie von der Last, dem hassenden Gegner gegenüberstehen zu müssen und ihn zu schlagen. Die Hauptlast trug die Rote Armee der Sowjetunion! Zumindest fünf Mal in ihrer Geschichte sind die Russen, im eigenen Land, von feindlichen Heeren aus dem Osten, aus dem Süden, aus dem Norden, zuletzt aber aus dem Westen überzogen worden. Manche der fremden Herren blieben Jahrhunderte. Das war dem mordenden Hitlerismus nicht gelungen. Der Russen Blutzoll war unendlich hoch; 25 Millionen Tote! Das nach heutigem Zeitgeist gebrauchte „Argument“, die Russen hätten selbstmörderisch gekämpft, unkluge Strategie und Taktik habe viele Opfer verschuldet, ist beschämend. Wir wollen, dass es für uns keinen weiteren Tag der Befreiung von Krieg und den unmittelbar daran Schuldigen geben darf. Wir gingen dafür auf die Straße, auf dem Marktplatz in Frankenberg/Sa. Wir kamen mit einem Informationsstand, einer Petition an den Deutschen Bundestag, mit der Bitte um Beendigung der Russlandsanktionen und des Bundeswehreinsetzes im Baltikum mit Büchern über das heutige Russland und die russischen Menschen, mit Publikationen zum Thema, „Was kann der ‚kleine Mann‘ für den Frieden tun“? Darüber konnten wir mit vielen Menschen sprechen. Dazu hatten wir uns den „Tag der Befreiung“ als würdigen Termin ausgesucht. Wir, das ist der Verein „Erzgebirgsfreunde Russlands“ e.V. Neben uns warb die Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft, Die Linke, Landesverband Sachsen, für Frieden Abrüstung und Freundschaft mit Russland. Die Politiker des „Zeitgeistes“ schätzen den Blick auf die Demokratie amerikanischer Prägung. Mögen sie sich an einen Satz von John F. Kennedy erinnern: „...lassen Sie uns das Verbindende zum politischen Ausgangspunkt machen, den geteilten menschlichen Wunsch nach Frieden und Zukunft.“ Deshalb sind wir für Abrüstung, gegen alle

Atomwaffen, aber zuerst gegen Nuklearwaffen in Deutschland, gegen Russlandsanktionen, gegen den Einsatz deutscher Soldaten vor Russlands Grenze, im Baltikum, für Dialog und Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation.

Gern hören wir Ihre Meinung: [info@erzgebirgsfreunde-russlands.de](mailto:info@erzgebirgsfreunde-russlands.de)/[www.erzgebirgsfreunde-russlands.de](http://www.erzgebirgsfreunde-russlands.de)

\*

### Danke liebe Treptower!

Uns erreichte der Dank vom ISOR – Vorstand - und der Vorstand unserer TIG schließt sich dem an - für die hohe Spendenbereitschaft als großartiges Zeichen der Solidarität!

Trotz einiger Startschwierigkeiten bei der Übergabe der Sammellisten des OKV zur Unterstützung der Rechtssatzbeschwerde habt Ihr mit den Gruppenbetreuern in unserer TIG Treptow dann noch insgesamt 2.178,50 Euro gespendet. Ein großartiges Ergebnis, sind das doch im Durchschnitt pro Mitglied unserer TIG 7 Euro!

Das möchte ich jedoch nicht überbewerten. Wichtiger ist, die Solidarität und die Verbundenheit untereinander zu leben, sich auszutauschen und zusammen zu halten.

In diesem Sinne denke ich, dass durch dieses Dankeschön in „ISOR aktuell“ jeder in unserer TIG erreicht wird. Bleibt Euch treu, seid politisch aktiv, damit unsere Enkel auch im Frieden auf dieser schönen Erde weiterleben können, danke.

**Edeltraud Apel, Hauptkassiererin  
Treptow**

\*

### Besuch in Syhra

Vor einiger Zeit konnten wir am Fliegerehrenmal Mitglieder der russischen Organisation „МИР РАДИ ЖИЗНИ“ (Frieden – Sinn des Lebens) begrüßen.

Die Besuchergruppe stand unter Leitung von Oberst a.D. *Novikow*. Ihr gehörten 12 weitere Mitglieder an. Wie aus der Website ([www.mrzh.ru](http://www.mrzh.ru)) der Organisation zu entnehmen ist, befinden sie sich auf einer Bildungsreise zu historischen Orten in Deutschland.

Gemeinsam mit dem amtierenden Vorsitzenden des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, Gen. Oberst a.D. Friedemann Munkelt, nahmen sie die Gelegenheit wahr, das Fliegerehrenmal in Syhra zu besuchen. Dort begrüßten sie Reinhard Froberg, ISOR e.V. TIG Geithain – Rochlitz und Thomas Lang, Mitglied des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE. Im Gedenken an die tödlich verunglückten Piloten legten die Mitglieder

der russischen Delegation Blumen nieder. Bezugnehmend auf das Emblem der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Obelisk kam die Hoffnung zum Ausdruck, dass es in der angespannten Situation im Verhältnis zu Russland sehr wichtig ist, solche Gelegenheiten zu nutzen, um zur Entspannung beizutragen.

**Reinhard Froberg**

\*

**Hallo, liebe Genossen**, dem Artikel über das Buch von Dr. Daniele Ganser „Illegale Kriege“ kann ich nur zustimmen. Ein sehr engagierter junger Philosoph, der sich mit seiner ganzen Kraft für die Aufdeckung der Machenschaften der Nato einsetzt und dabei auf jegliche privaten Nachteile keine Rücksicht nimmt. Frei nach dem Motto „Was Recht ist, muss Recht bleiben!“ Er könnte als Vorbild für manchen unserer Genossen stehen. Unbeirrt erklärt er bei seinen Vorträgen, die man sich alle auf YouTube ansehen und anhören kann, wenn man seinen Namen eingibt - die Machenschaften des US-Imperiums. Dabei wird er von seiner Frau nach besten Kräften unterstützt. In der Bücherei meiner kleinen Pension finden sie alle Bücher von ihm und seinem Vorbild, dem Philosophen Chomsky. Gibt es unter den noch 9000 Mitgliedern unseres Vereines solche, die wegen der unermüdlichen Hetze gegen das russische Volk und wegen der Gleichgültigkeit der deutschen Bevölkerung dazu über eine Auswanderung oder über einen öfteren Urlaub in Russland nachgedacht haben? Wenn ja, dann meldet euch bitte bei mir ich wäre sofort dabei, dieses verlogene Deutschland mit seinen egoistischen, raffgierigen Menschen zu verlassen. Das Gedicht: „Ich leb noch dort...“ ist mir wie auf den Leib geschrieben! Also, nur Mut - ich möchte nicht mit dabei sein, wenn wieder deutsche Truppen an der russischen Grenze stehen. Meldet euch bei Sabine Weiser, Heinrichswalde 7, 02923 Hähnichen [www.pensionweiser.de](http://www.pensionweiser.de)

\*

Zum Berliner Kongress von „Aufstehen“ am 28. April schreibt **Wilfried Steinfahrt, TIG Berlin Weißensee**, u.a.:

Der Kongress fand im Verlagsgebäude der Zeitung „Neues Deutschland“ statt. Der Saal platzte aus allen Nähten. Mit dem Ansturm haben wohl auch die Veranstalter nicht gerechnet. Es gab dann nur noch Sitzplätze auf der Fensterbank.

Das Publikum war gemischt, Jung und Alt. Hier prallten dann schon mal verschiedene Lebensereignisse aufeinander.

Der Vorsitzende des Trägervereins von Aufstehen, Wolfgang Zarnack, wies noch mal



# ERNST THÄLMANN

Gedenken zum 133. Geburtstag von Ernst Thälmann am 17. April 2019 in Chemnitz



Mit den prophetischen Worten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt, Krieg!“, appellierte Ernst Thälmann bereits 1932, mit Bedacht Entscheidungen zur Reichstagswahl zu treffen. Vergebens! Der erste Mann der Kommunistischen Partei Deutschlands sah mit klarem Blick, wie das Unheil heraufzog. Als erbitterter Gegner der Faschisten wurde er von den schwarzen und braunen Banden 1933 verhaftet, in Bautzen eingekerkert und 1944 im Konzentrationslager Buchenwald erschossen. Seine Mörder lebten unbehellig in der

Bundesrepublik. Hitlers Generäle, Blutrichter und Staatsanwälte blieben in der Bundesrepublik weitgehend in Amt und Würden. Globke und Lübke sind nur ein Synonym dafür. Nach 1989 wurden Denkmäler und Erinnerungsstätten an Antifaschisten geschleift, Straßen und Plätze, Schulen, die ihren Namen trugen, umbenannt. Auch damit wurde der Kampf gegen den Faschismus mit seinen heutigen Folgen infrage gestellt.

\*

auf die Fehler der Vergangenheit hin. Mit Blick auf die Zukunft sagte er: „Uns wird immer gesagt, wir seien Zwerge, doch tatsächlich sind wir, wenn wir uns zusamm tun, Riesen.“

Mein Fazit: Wir wissen, dass die Medien in den letzten Monaten schon die Abgesänge von Aufstehen zelebriert haben. Dieser Kongress hat für mich bewiesen, die linke Sammlungsbewegung lebt! Totgesagte leben länger. Die Menschen wollen neue Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Sie wollen dem neoliberalen Mainstream nicht bedingungslos folgen. Von den etablierten. Parteien ist hier nichts zu erwarten.

Auch wenn die Debatten manchmal etwas konfus sind, muss man doch einiges bedenken. „Aufstehen“ ist eine Sammlungsbewegung, keine Partei mit Statut. Hier kommen entgegen einer Parteienhierarchie viele Meinungen zusammen und dürfen ausgesprochen werden. Mitmachen lohnt sich.

\*

Ausgehend von den Aussagen der Partei „DIE LINKE“ befasst sich **Rudolf Höll** mit der Politik der EU und schreibt u.a.: Die gegenwärtige „EU“ bedient vor allem die Interessen der Großkonzerne und Banken, die Wirtschaft

muss florieren, damit der Profit stimmt, oft auch auf Kosten der kleinen Staaten Europas. Völlig unbeachtet bleiben jedoch die sozialen Bedürfnisse: die Arbeitslosigkeit sowie schlechte Bezahlung der Arbeiter, für das Gesundheitswesen und die Bildung der jungen Generation fehlt das Geld und zahlreiche Rentner leben in Armut. Niemand brauchte im reichen Europa unter Brücken zu schlafen, sondern alle Menschen könnten bei sozial gerechten Verhältnissen menschenwürdig leben. Das größte Übel der „EU“ ist die Schaffung einer „Europa-Armee“, ist die Teilnahme an Kriegen, sind die Milliarden-Ausgaben für die Rüstung und die profitbringende Ausfuhr von

Waffen, anstatt die Ursachen für die Massenflicht der Menschen aus den Kriegsgebieten zu bekämpfen. Ich glaube auch nicht, dass das durch Ursula von der Leyen gemeinsam mit Frankreich angekündigte Rüstungsprojekt, die Herstellung der Europadrohne, eines Kampfflugzeuges der neuesten Generation sowie eines supermodernen Kampfpanzers, den Interessen der anderen europäischen Staaten entspricht. Die sich anbahnende Vorherrschaft Deutschlands und Frankreichs wird deutlich. In Anbetracht dieser Situation ist es höchste Zeit, die Politik der „EU“ zu verändern und die „Liebeserklärung“ von Katja Kipping an die »EU« ist recht zweifelhaft. Unbedingt richtig und notwendig ist die Mahnung Hans Modrows an die Linken, ihre Klassenposition zu wahren und auf der europäischen Bühne geschlossen aufzutreten.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Empfehlung an Herrn Gysi. Einst freute ich mich, als G. Gysi zum „Präsidenten der Europäischen Linken“ gewählt wurde und dank seiner Beredsamkeit große Hoffnungen auf ihn gesetzt. Nun könnte sich Herr Gysi unvergängliche Verdienste erwerben, wenn er statt seiner bewunderungswürdigenden Vielseitigkeit seine ganze Kraft der Vereinigung aller linken Parteien Europas widmen würde. Durch das einheitliche Handeln der linken Parteien in einem Bündnis mit der von Y. Varoufakis gegründeten Bewegung „DIEM 25“ sowie den vielen fortschrittlichen Organisationen Europas ist es möglich, die „EU“ zu einer radikalen Änderung ihrer Politik zu zwingen. Im Mittelpunkt muss dabei die unbedingte Beendigung ihrer neoliberalen Politik stehen, um schließlich mit einer generellen Erneuerung der »EU« eine demokratische Institution zu schaffen, die dem Wohle aller Nationalstaaten sowie den Millionen werktätigen Menschen Europas dient.

\*

**Karl Sauer** äußert sich zur Mai-Ausgabe unserer Zeitung:

*Liebe Redaktion,  
mich freut es immer, wenn mein alter Genosse Ernst mir die ISOR aktuell in den Briefkasten steckt.*

*Aber „Kampf um die Anerkennung des Pflegegeldes“?*

*Gekämpft haben wir für Frieden und Sozialismus, damals und auch heute, Genossen und Freunde.*

*Nicht aber um Groschen zur Rente von diesem Staat. – Bleibt gesund.*

**Karl Sauer, Bestensee**

*Für eventuelle Rückfragen:*

*K.S., Friedenstraße 1a, 15741 Bestensee*

*Tel.: 033 763 -611 41*

\*

## Seniorentemen

### GRH/ISOR April 2019

#### Gemeinsame AG Betreuung

Die Mitgliederversammlung der GRH am 30.03.2019 hat erneut bekräftigt, dass die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit unserer Organisationen künftig immer stärker von der engeren Zusammenarbeit nach außen und innen abhängt. Damit tragen wir der Situation Rechnung, dass die geringere Zahl der Mitglieder, Alter und Gesundheitszustand und weniger aktive Mitglieder, begrenzte Aktivitäten zur Folge haben.

Wie in der Vergangenheit sind auch künftig Anspruch und Möglichkeiten in Übereinstimmung mit unserer Handlungs- und Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Dabei kommt der Solidar- und Betreuungsarbeit als ein Markenzeichen in GRH und ISOR eine wichtige Rolle zu. Durch sie tragen wir wesentlich zur inneren Stabilität und Geschlossenheit der Mitgliedschaft bei. Deshalb setzen wir in bewährter Weise unsere Hilfsangebote fort und sagen erneut allen, die Fragen und Probleme haben, sich an uns zu wenden, um im Rahmen unserer Möglichkeiten Hilfe anzubieten.

#### Information zur Schnelleinstufung in einen Pflegegrad in der Reha

In den Fällen, in denen z.B. jemand nach einem Schlaganfall oder einem anderen schweren Krankheitsereignis in eine Rehabilitationseinrichtung kommt und danach auf dauerhafte Hilfe angewiesen ist, kann die Zuerkennung eines Pflegegrades durch den Sozialdienst der Einrichtung im Zuge einer sogenannten Schnelleinstufung noch in der Klinik veranlasst werden. Über einen Sozialdienst verfügt jedes Krankenhaus und jede Reha-Einrichtung. Dazu sind Gespräche zwischen den Angehörigen, dem Betroffenen und dem Sozialdienst über die Notwendigkeit einer optimalen Betreuung zu führen. Hilfe bei der Erledigung der Formalitäten bei der Ausfüllung des Antrags auf einen Pflegegrad leistet der Sozialdienst. Dieser Antrag muss bei einer solchen Schnelleinstufung innerhalb einer Woche nach Eingang von der Pflegekasse entschieden werden. Bei Entscheidung nach Aktenlage erfolgt nach der Entlassung eine abschließende Begutachtung unter anderem dann, wenn geklärt werden soll, ob künftig eine ambulante oder stationäre Weiterversorgung und Betreuung erforderlich ist.

**Günter Seidel, Herbert Kranz**

\*

## Lesenswert

### Heinz Engelhardt

#### Der letzte Mann. Countdown fürs MfS

edition ost Berlin, Berlin 2019,

288 Seiten, Preis: 16,99 Euro,

ISBN 978-3-360-01889-2

In einem Gespräch mit Peter Böhm, der schon mehrfach vergleichbare Bücher (u.a. „Der Überzeugungstäter“ mit Werner Großmann) herausgegeben hat, schildert der jüngste General des MfS, der am Ende dessen Auflösung zu organisieren hatte, seinen Lebensweg, seine Auffassungen und Einsichten. Auch er bezeichnet sich als Überzeugungstäter und jeder der dieses Buch liest erkennt: er ist einer von uns, einer der sich nicht verbogen hat, der sich seiner Biografie stellt, dabei weder schön färbt noch Kritik ausspart. Damit legt der heute 75-Jährige vermutlich das letzte Buch eines in hoher Verantwortung stehenden Mitarbeiters des MfS vor. Wer etwas über die Arbeit des MfS wissen will – einen wichtigen Teil seiner Schilderungen widmet Heinz Engelhardt seiner Tätigkeit als Leiter von Kreisdienststellen des MfS – sollte dieses Buch zur Hand nehmen und dessen Aussagen mit den gängigen Propagandaklischees über das MfS vergleichen. Ich selbst habe dieses Buch mit großem Interesse gelesen und nicht eher aus der Hand gelegt, bis ich am Ende im doppelten Sinne war, dem Ende des MfS und die Zeit danach. Die „junge Welt“ hatte als Vorabdruck schon eines der letzten Kapitel des Buches veröffentlicht. u.a. nachzulesen im Internet bei [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de)

**W.S.**

#### Auch das noch:

Weil gerade die Wohnungsmisere allüberall Thema ist, beschäftigte sich eine sozialistische Tageszeitung mit der Situation der „konspirativen Wohnungen des MfS“ in Berlin. „Seltsames und Ungeheuerliches“ hätte ein gewisser W. I. Lenin die Mixtur genannt. Unser Geschäftsführer, dem man ja eine gewisse Sachkenntnis nicht absprechen kann, hat daraufhin einen Leserbrief zur sachlichen Beurteilung an das Organ geschrieben, von dem man seinerzeit sagte „eNDe gut, alles gut“. Na gut, Sachkenntnis ist nicht ständig erwünscht. Auch das noch: Der Sachverhalt ist unter [www.mfs-insider.de](http://www.mfs-insider.de) lesenswert.

**w.k**

Hallo liebe Freunde, mit großem Interesse haben die Freunde der TIG Quedlinburg den Abschluss meines Buchprojektes verfolgt. In gewissem Maße verkörpert das realisierte



Vorhaben ein Stück lebendige Verbandsarbeit. Ich habe ein geschichtsträchtiges Thema in einen Krimi gepackt. Wer Spaß an Spannungsbögen hat, die Lügen, Intrigen, Kameradenbetrug, Gier zum Inhalt haben, findet sicherlich das Passende.

Es ist Belletristik, ein Untergangsszenario, ein Krimi im Hintergrund des Chemiestandortes Leuna, kein Sachbuch, keine Dokumentation. Entscheidend ist das darin steckende Potential, Vergangenheitsbewältigung lebendig und

für die Allgemeinheit spannend und lesbar zu machen.

Einige ISOR-Freunde aus dem Einzugsraum Merseburg, Leuna, Weißenfels, Querfurt, Naumburg ... werden das mit großer Sicherheit für sich selbst bestätigt finden.

Die Veröffentlichung erfolgte am 20.05.19 im Verlag tredition. Links: über amazon und tredition.

**Grüße aus dem Harz Reinhard Lehmann**

\*



Moskau, 9. Mai

### Das ist das Letzte

Im Herbst 2017 kündigte die frisch gebackene Arbeiterführerin an der Spitze der spezialdemokratischen Partei, Frau A. Nahles, ihrem christlichen Koalitionspartner an, „ab morgen kriegen sie in die Fresse“. Vor Angst haben die Christdemokraten die Autoindustrie um Hilfe gebeten, die eine Karrenbauerin schickte, um die Schläge abzufangen. Aber die Karre ist auch dort verfahren.

Rücktritt und Rückschritt bei den (bitte jetzt nicht lachen) „demokratischen Volksparteien“.

Ein rechtes Fressen.

w.k

#### Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,  
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**Postanschrift:**

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 29.05.2019

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 26.06.2019

**Einstellung im Internet:** 05.07.2019

**Auslieferung:** 10.07.2019

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

**Layout:** R. Serinek

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16